



Niederschrift

**über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 18/2003-2008 am 09.10.2006
im Ratssaal des Rathauses**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Wilfried Wengler
Ausschussmitglied	Simone Brocks
"	Hans-Detlef Bruhn
"	Holger Hoffmann
"	Gudrun Hohn
stellv. Ausschussmitglied	Edda Lessing (f. AM Claudia Schmidt)
Ausschussmitglied	Annette Marquis
"	Thea Rahl
"	Clauss-Dieter Rommerskirchen
"	Moiken Silberbauer
"	Hans-Joachim Werner
seitens der Gemeindeverwaltung	
zu TOP 1, 2 und 5-7	Bürgermeister Volker Dornquast
	Annegret Horn, Gleichstellungsbeauftragte
zu TOP 1 und 2	Jens Richter
zu TOP 1 und 2	Jörn Mohr
zu TOP 1 und 2	Volker Duda
zu TOP 1 und 2	Petra Hafemeister
zu TOP 1 und 2	Bärbel Brix
zu TOP 1 und 2	Antje Stüwer
	Anja Riemer als Protokollführerin
ferner zu TOP 1 und 2	Bürgervorsteher Joachim Süme
als Gäste zu TOP 2	Herr Dr. Talkenberger und Frau Wrobel (Fa. ipc Dr. Talkenberger GmbH)

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 findet in gemeinsamer Sitzung mit dem Planungs- und Umweltausschuss statt. Die Anwesenheit dieser Ausschussmitglieder ergibt sich aus der Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses 30/2003-2008 am 09.10.2006.

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Neubau der Grundschule Ulzburg-Süd
- Entwurf für die funktionale Leistungsbeschreibung -**



- 3. Einwendungen gegen die Niederschriften über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 16/2003 – 2008 am 11.09.2006 und 17/2003-2008 am 18.09.2006**
- 4. 10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung)**
- 5. Konzept für die Mittagsverpflegung in den Kinderhorten und der Offenen Ganztagschule**
- 6. Unterrichtungen / Anfragen**
- 7. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Wengler begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung beider Ausschüsse. Hinsichtlich des Sitzungsablaufes wird festgelegt, dass nach Schluss des Tagesordnungspunktes 2 die gemeinsame Sitzung endet und die Ausschüsse getrennt voneinander ihre jeweilige Sitzung fortsetzen. Zu diesem Zweck wechselt der Umwelt- und Planungsausschuss in den Raum 1.22 des Rathauses.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Eine Anwohnerin aus der Logentwiete fragt zu der neu geplanten Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Trotz“ (südlich Redder Logentwiete) wie der zu erwartende Baustellenverkehr geführt werden soll. Sie möchte wissen, ob die Verbindung von der Maurepasstraße durch die Straße Am Trotz hierzu vorgesehen ist.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass die Baufahrzeuge durch die Logentwiete fahren sollen.

Die Frage eines Anwohners aus der Logentwiete, ob der Ursprungsplan des Bebauungsplanes Nr. 38 „Trotz“ für die Bauvorhaben südlich der Logentwiete aktualisiert wird, wird von Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Ein Anwohner aus dem Kirchweg bezieht sich auf die geplante Ansiedlung des Media-Marktes im Gewerbegebiet Nord und die damit verbundene erhöhte Verkehrsbelastung im Kirchweg. Er befürchtet weitere Gefahren für Fußgänger und Radfahrer und möchte wissen, wie dieser Situation im Kirchweg begegnet wird. Er schlägt vor, den Kirchweg in eine Einbahnstraße umzuwandeln.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die Ausbaupläne für den Kirchweg demnächst vorgelegt werden. Mit dem Ausbau kann voraussichtlich im nächsten Jahr begonnen werden. Er weist darauf hin, dass in der Gutenbergstraße zurzeit Umbauarbeiten zur Einrichtung einer Linksabbiegespur erfolgen, die zur Entschärfung der Verkehrssituation im Gewerbegebiet dienen.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.



Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Neubau der Grundschule Ulzburg-Süd - Entwurf für die funktionale Leistungsbeschreibung -“

Den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses als auch den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage mit Anlage zugegangen.

Herrn Dr. Talkenberger wird zunächst die Gelegenheit gegeben, die funktionale Leistungsbeschreibung für das Bauvorhaben vorzustellen.

Nach Vorstellung des Firmenprofils und einiger durch die Firma betreuter Referenzprojekte bezieht sich Herr Dr. Talkenberger in seinem Vortrag auf die wesentlichen Schwerpunkte der funktionalen Leistungsbeschreibung. Er weist insbesondere auf die mit der geplanten Passivhausbauweise verbundenen Vorteile sowie technischen Anforderungen hin und spricht die Problematik der Schalldämmung für die gewünschte Kombination des Mehrzweckraumes mit der Sporthalle an.

Seine Kollegin, Frau Wrobel, gibt im Anschluss daran einen Überblick über die Höhe und Zusammensetzung der geschätzten Kosten sowie den angedachten zeitlichen Ablaufplan. Unter der Voraussetzung eines reibungslosen Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens kann mit dem Bau im Juli 2007 begonnen werden.

Der wesentliche Teil der zur Unterstützung des Vortrages von Herrn Dr. Talkenberger und Frau Wrobel verwendeten Powerpoint-Präsentation ist in der Anlage beigefügt.

Die Ausschussmitglieder stellen anschließend Fragen bzw. geben Anregungen zur funktionalen Leistungsbeschreibung.

Herr Wengler fragt, wann das Konzept für den Betrieb von Schule, Hort und Sporthalle fertig gestellt sein wird und ob dieses den Gremien noch vorgestellt wird.

Herr Dr. Talkenberger erklärt, dass das Betriebskonzept in etwa 14 Tagen fertig gestellt sein wird. Es sei aus seiner Erfahrung eher unüblich, dass die Gremien hierüber noch beraten; eine Vorstellung in den Gremien sei jedoch - unabhängig vom einzuleitenden Ausschreibungsverfahren - machbar.

1. Projektläuterung

Fragen hierzu ergeben sich nicht.

2. Anforderungskriterien

zu 2.2. Architektonische Grundüberlegungen

Herr Rahl empfiehlt, die Gebäude in der so genannten Skelettbauweise zu errichten. Die Gebäude könnten dadurch flexibler genutzt werden. Dieses sei insbesondere von Bedeutung, falls dieser Schulstandort in der Zukunft einmal aufgelöst werden sollte.



Herr Dr. Talkenberger wird diesen Vorschlag in die Funktionalbeschreibung aufnehmen, weist aber auf die widersprüchlichen Anforderungen eines Passivhauses und eines Gebäudes in Skelettbauweise hin.

3. Bau- und Qualitätsbeschreibung

zu 1. Allgemein

Herr Brocks bezieht sich auf die einzuhaltenden Richtwerte des Passivhaus Instituts in Darmstadt. Er regt an, dass der Auftragnehmer nach Ablauf der Vertragslaufzeit nachweisen sollte, dass die dann aktuellen Richtwerte und damit der Passivhaus-Charakter eingehalten werden.

Herr Dr. Talkenberger teilt mit, dass dies in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden kann.

Herr Rauen möchte zu der geforderten Gegenüberstellung der Kosten des Passivhausstandards zu einer EnEV-Ausführung wissen, ob die längerfristigen Sparmöglichkeiten der Passivhausbauweise noch differenzierter dargestellt werden.

Herr Dr. Talkenberger erwidert, dass es derzeit mangels eines vergleichbaren Objektes noch keine Erfahrungen zum längerfristigen Einsparpotenzial einer Schule in Passivhausbauweise gäbe.

Herr Dornquast weist in diesem Zusammenhang auf die geforderte Zertifizierung für die Passivhausbauweise hin; hierdurch werde die Qualität der eingesetzten Materialien langfristig gesichert.

zu 3.1. Innenausbau Fußböden

Herr Brocks möchte zur Gestaltung der Flure, Treppenhäuser etc. wissen, ob es sinnvoll ist, die Materialien (z.B. Beton) explizit vorzugeben.

Herr Dr. Talkenberger antwortet, dass die Vorgabe aus der Beschreibung zwar gestrichen werden könne; aufgrund der geforderten Passivhausbauweise würde der Anbieter allerdings nicht umhin kommen, Beton zu verwenden.

Die Verständnisfragen von Frau Hohn zu den verschiedenen Fußbodenbelägen für die allgemeinen Unterrichtsbereiche werden von Herrn Dr. Talkenberger und Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Herr Bruhn gibt zu bedenken, dass es in den Räumen aufgrund von Betondecken und Linoleumböden zu starken Schallentwicklungen kommen kann. Dieses sollte verhindert werden.

Herr Dr. Talkenberger weist diesbezüglich auf das vom Auftragnehmer geforderte Schallgutachten hin.

4.1 Ausstattung Allgemeiner Unterrichtsbereich



Herr Rauen fragt, ob statt der herkömmlichen Garderoben abschließbare Spinte verwendet werden könnten.

Herr Dr. Talkenberger weist darauf hin, dass Spinte vorwiegend für Schulen mit höheren Klassenstufen, nicht jedoch für Grundschulen vorgesehen werden.

4.2 Gruppenräume

Frau Hohn fragt, ob der Gruppenraum für die Schülerküche etwas separat gelegen sein wird, damit sie für alle Schüler gleichermaßen nutzbar ist.

Herr Dr. Talkenberger antwortet, dass die Lage der Räume der Gestaltungsfreiheit des Planers überlassen bleiben soll.

5.5.6/5.5.7 Brandmeldeanlagen/Einbruchmeldeanlage

Herr Brocks vermisst bei der Brandmeldeanlage/Einbruchmeldeanlage einen Schlüsseltesor / -kasten. Außerdem sollten seiner Ansicht nach 3 Blockschlossbereiche installiert werden. Zudem müsste diese Planung noch mit der Feuerwehr abgestimmt werden.

5.5.9 Aufzug

Auf die Frage von Herrn Rommerskirchen nach der Erforderlichkeit des geplanten Aufzugs antwortet Bürgermeister Dornquast, dass der Einbau eines Aufzugs seit einigen Jahren für den Neubau öffentlicher Gebäude gesetzlich vorgeschrieben ist.

9.7. Fahrradstellplätze

Herr Bruhn schlägt vor, die Fahrradstellplätze der Lehrer und Besucher analog der vorgesehenen Anordnung der Parkplätze (sh. 9.6) voneinander zu trennen.

Die Frage von Herrn Rauen, ob es eine technische Möglichkeit gibt, die Fahrradständer sicherer zu gestalten, wird von Herrn Dr. Talkenberger bejaht. Er weist jedoch auf die hohen Investitionskosten solcher Anlagen hin und erklärt, dass diese unpraktisch für eine Grundschule seien.

9.8. Einfriedungen

Herr Sievers möchte wissen, ob es eine Vorschrift gibt, nach der die Einfriedung um ein Schulgelände 2,00 m hoch sein muss.

Herr Dr. Talkenberger verneint dieses, erklärt aber, dass diese Höhe geeignet ist, eine gewisse Sicherheit für das Gelände zu schaffen.

9.10 Pausenfläche (Schulhof)

Frau Hohn merkt an, dass Sand als Ausstattungsmaterial für die Fallschutzbereiche auf den Pausenflächen sehr hart ist und ihr daher ungeeignet erscheint.



Frau Hafemeister erklärt, dass es üblich ist, im öffentlichen Bereich nur Sand zu verwenden. Sie geht kurz auf die Vorteile gegenüber der Verwendung von Rindenmulch und Fallschutzplatten ein.

Die Fragen von Frau Silberbauer und Frau Hohn zur Gestaltung und Aufteilung der Schulhoffläche werden von Frau Hafemeister beantwortet.

9.11. Sportplatz

Die Frage von Herrn Sievers, ob es sich bei der vorgesehenen Beleuchtung des Sportplatzes um eine Trainingsbeleuchtung handelt, wird von Bürgermeister Dornquast bejaht.

Herr Brocks möchte wissen, ob die geplanten Unterbringungsmöglichkeiten für die Pflegemaschinen unbedingt erforderlich sind.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die Anlage so gebaut werden muss, dass eine Unterbringungsmöglichkeit für die Maschinen bei Ablauf des Vertrages besteht.

4. Raumprogramm Grundschule einschließlich Hort

Die Rektorin der Grundschule Ulzburg, Frau Kelber, regt an, dass mehr Gruppenräume vorgesehen sein sollten. Ideal wäre es, wenn für je zwei Klassenräume ein Gruppenraum zur Verfügung stünde.

Herr Wengler weist auf die bestehende Beschlusslage der Gremien zum Raumprogramm hin und erklärt, dass nur das vom Land förderfähige Raumprogramm umgesetzt werden kann.

Auf die Frage von Herrn Sievers, wo die Hortkinder essen werden, erklärt Bürgermeister Dornquast, dass die Mahlzeiten in einem abgetrennten Teil eines Gruppenraumes eingenommen werden sollen. Es ist keine separate Räumlichkeit vorgesehen.

5. Raumbuch / Ausführungsanforderungen – Sporthallenbau (Typ 15/27)

Es werden keine Fragen gestellt.

Herr Wengler bittet seitens der CDU-Fraktion um eine Änderung des Beschlussvorschlages. Einwände hiergegen werden nicht erhoben, so dass die Mitglieder beider Ausschüsse gemeinsam über den wie folgt geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss: **Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt die funktionale Leistungsbeschreibung für den Neubau der Grundschule Ulzburg-Süd zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren einzuleiten.**

Beschlussfassung: **einstimmig**



Nach gemeinsamer Beratung der beiden Ausschüsse über diesen Tagesordnungspunkt erfolgt um 19.25 Uhr eine 5-minütige Pause. Herr Dornquast nimmt an den Beratungen zu TOP 3 und 4 nicht teil.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschriften über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 16/2003 – 2008 am 11.9.2006 und 17/2003 – 2008 am 18.9.2006“

Gegen die Niederschrift 16/2003 – 2008 am 11.9.2006 werden keine Einwendungen erhoben; sie gilt daher als genehmigt.

Die Ausschusssmitglieder sind sich einig, dass die Niederschrift 17/2003 – 2008 am 18.9.2006 wie folgt ergänzt wird:

TOP 2a „Verstärkte Bildungsarbeit in den Horten – Englisch für Grundschüler der Klassen 1 und 2“

Die CDU sieht einen Vorteil darin, dass Englisch für die Grundschüler der Klassen 1 und 2 von der Gemeinde angeboten wird, denn durch das VHS-Angebot erreichen möglichst viele Kinder beim Einstieg in den Englischunterricht in den Schulen ab der Klasse 3 einen gleichen Qualitätsstandard.

Frau Brocks teilt mit, dass die „Dunkelziffer“ von an Englischangeboten teilnehmenden Kindern, z.B. bei privaten Anbietern, ihres Wissens nach erheblich höher sei, als die von Frau Hübner erwähnten 110 Kinder.

Frau Marquis beantragt für die WHU-Fraktion, folgende Ergänzung aufzunehmen:

Die Englisch-Maßnahme soll nach einer Zeit von 6 Monaten evaluiert und entsprechend befristet werden.

Herr Wengler bemängelt, dass einem auf Veranlassung der WHU-Fraktion erschienenen Presseartikel zu entnehmen sei, dass die Befristung der Maßnahme auf 2 Jahre auf Antrag der WHU-Fraktion beschlossen wurde. Er weist darauf hin, dass dieser Antrag in der Sitzung von der CDU-Fraktion gestellt wurde. Dieses sei auch so dem Protokoll zu entnehmen. Einem Dementi der WHU-Fraktion sehe er diesbezüglich entgegen.

TOP 7 „Aufnahme und Fortschreibung von Investitionsmaßnahmen für den Bereich Bildung, Jugend und Freizeit in den Investitionsplan 2007 – 2010 sowie Haushaltsvoranschlag 2007 für den Bereich Bildung, Jugend und Freizeit“

Das Abstimmungsergebnis zu „Kunst im öffentlichen Raum“ stellte sich wie folgt dar:

Beschluss:

Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt, ab 2007 jährlich 5.000,00 € für „Kunst im öffentlichen Raum“ im Investitionshaushalt (Hhst. 34000.9500) einzustellen.

Beschlussfassung:

**5 Stimmen dafür (Frau Lessing, Frau Honerlah, Herr Hoffmann, Frau Rahl, Frau Silberbauer)
4 Stimmen dagegen (Herr Wengler, Herr Rommers-**



kirchen, Frau Hohn, Frau Brocks)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung)“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern bereits zur Sitzung am 11.9.2006 eine Beratungsvorlage mit Anlagen zugegangen. Der TOP wurde auf die heutige Sitzung verschoben, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestand. Danach lehnen alle Fraktionen die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung der Benutzungsgebühren ab.

Frau Horn weist zudem auf eine Änderung des Gesetzes zur Familienförderung mit Wirkung zum 1.1.2007 hin. Die von ihr erläuterten Neuerungen zum Elterngeld wirken sich auch auf die Satzungsinhalte aus.

Folgende Änderungen sind demnach zu berücksichtigen:

§ 3 Abs. 1a, Satz 1:

„Die Kinderkrippe dient in der Regel der Aufnahme und Betreuung von Kindern während des Tages **ab dem vollendeten 14. Lebensmonat** bis zum vollendeten 3. Lebensjahr.“

§ 3 Abs. 2, Satz 3:

→ ist ersatzlos zu streichen.

Weiterer Beratungsbedarf ergibt sich nicht.

Beschluss:

Der Kultur- und Jugendausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung) unter Berücksichtigung der beratenen Änderungen zu beschließen.

Beschlussfassung:

einstimmig

Ab TOP 5 nimmt Herr Dornquast wieder an der Sitzung teil.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Konzept für die Mittagsverpflegung in den Kinderhorten und der Offenen Ganztagschule“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern bereits zur Sitzung am 18.9.2006 eine Beratungsvorlage mit Anlagen zugegangen. Der TOP wurde aus zeitlichen Gründen auf diese Sitzung verschoben.



Herr Dornquast stellt den Ausschussmitgliedern als Erstes die Frage, ob generell die Absicht bestehe, das Essensgeld durch die Gemeinde zu subventionieren und falls dies der Fall sein sollte, in welcher Höhe.

Des weiteren weist er nochmals ausdrücklich darauf hin, dass nach den bisherigen Beratungen im Ausschuss die Verpflegung der Kindergartenkinder in das derzeitige Konzept noch nicht einbezogen sei. Diesbezüglich habe zu späterer Zeit eine gesonderte Prüfung und Entscheidung zu erfolgen. Vorerst ginge es um ein Konzept für Ganztagsschul- und Hortkinder. Daher kämen einige, insb. durch die WHU-Fraktion zur Diskussion gestellte Verpflegungsvarianten aus auch dem Konzept dargelegten Gründen nicht in Frage.

Frau Silberbauer bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen der Verwaltung und beantragt für die CDU-Fraktion, die Verwaltung möge die Möglichkeiten und Kosten der Lieferung („Cook & Serve“) mit Bio-Verpflegung prüfen. Unterlagen einer Hamburger Firma händigt Frau Silberbauer zu diesem Zwecke aus.

Herr Hoffmann bemängelt das vorgelegte Konzept. Dieses sei seiner Ansicht nach nicht ausreichend und insb. hinsichtlich der in der Kostenaufstellung berücksichtigten Personalkosten, z.B. Hausmeisterkosten, schwer nachvollziehbar. Er bezweifelt, ob die Kosten für den Hausmeister überhaupt in der Kostenkalkulation berücksichtigt werden müssen. Zudem drückt er sein Unverständnis aus, dass es nicht möglich sein soll, die Kosten in den Kindergartenküchen zu reduzieren und hierdurch eine Verringerung der Essenspreise für das frisch gekochte Essen – auch für Hortkinder bzw. generell ein „besseres Essen“ zu „besseren Preisen“ zu erreichen. Er wirft der Verwaltung vor, dass sie ein vollständiges Konzept sehr viel früher hätte vorlegen können und müssen.

Frau Honerlah bemängelt das vorgelegte Konzept ebenfalls. Sie bezieht sich auf das am 5.10.2006 von Frau Marquis an Herrn Wengler, sowie weitere Ausschussmitglieder und die Verwaltung gesandte e-mail, wonach die Vorlage unvollständig sei, schwerwiegende Fehler aufweise und der Punkt aus diesen Gründen nicht entscheidungsreif sei. Auch die WHU-Fraktion ist der Ansicht, dass die Kosten in den eigenen Kindertagesstättenküchen zwecks dortiger Kosteneinsparung optimiert werden sollten. In der Kostengegenüberstellung fehle außerdem die Variante der Herstellung von Tiefkühlmischkost („Cook & freeze“ + Zubereitung von Rohkost und Sättigungsbeilagen) in den gemeindeeigenen Küchen. Es wurde zudem nicht auf die Qualität des Essens eingegangen. Die Kalkulation der Kosten für ein Kinderhortessen sei fehlerhaft; es handele sich um eine „Vollkostenberechnung“, so dass ein Aufschlag von 50% für ein Hortessen auf die Gesamtkosten nicht korrekt sei. Dies sei zu korrigieren. Ihrer Berechnung nach müssten die Kosten für ein Kindergarten- und –hortessen gleich hoch sein (4,48 €/Essen).

Herr Wengler kann die Bemängelung des vorgelegten Konzeptes in keinster Weise nachvollziehen, dieses sei aus Sicht der CDU-Fraktion ausreichend und umfassend. Sämtliche für die Ganztagsschul- und Hortkinder in Frage kommenden Verpflegungsformen wurden nachvollziehbar gegenübergestellt. Dass eine Entscheidung noch nicht getroffen werden konnte, sei nicht der Verwaltung vorzuwerfen, sondern liege an in den bisherigen Sitzungen der Verwaltung vom Ausschuss in Auftrag gegebenen weiteren Prüfungen.

Herr Dornquast erläutert nochmals die – auch zeitliche – Entstehung des vorgelegten Konzeptes sowie die Gründe, weshalb die Zubereitung von Tiefkühlmischkost im jetzigen – rein auf Ganztagsschul- und Hortkinder abgestimmten – Konzept nicht in Frage kommt. Er lenkt ein, dass die von der Verwaltung durchgeführte Berechnungsweise kritisch hinter-



fragt werden könne, dass die von Frau Honerlah vorgeschlagene jedoch so auch nicht stimme. Er erläutert die aus seiner Sicht korrekte Berechnungsweise.

Die Kosten für ein frisch in den Kindergärten zubereitetes Essen liegt unabhängig davon weiterhin weit über den Kosten für die anderen vorgestellten Verpflegungsformen.

Frau Honerlah stellt für die WHU-Fraktion den Antrag, die Verwaltung mit der Untersuchung zu beauftragen, ob weiterhin in den gemeindeeigenen Kindertagesstättenküchen ein qualitativ hochwertiges Essen, jedoch zu geringeren Kosten als bisher, selbst gekocht werden kann.

Über den Antrag wird nachfolgend abgestimmt.

Beschluss: Der Kultur- und Jugendausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Untersuchung, ob in den gemeindeeigenen Küchen der Kindertagesstätten weiterhin ein qualitativ hochwertiges Essen – auch für die Kinderhortkinder -, jedoch zu geringeren Kosten, selbst gekocht werden kann.

Beschlussfassung: 2 Stimmen dafür (WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)
7 Stimmen dagegen (CDU-Fraktion, Herr Bruhn)
2 Enthaltungen (Frau Lessing, Herr Werner)

Im Anschluss wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, einen Preisvergleich über Bio-Verpflegung im „Cook&Serve“-Herstellungsverfahren bei einer der Verwaltung benannten Firma anzustellen. Ein Probeessen soll eingenommen werden.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Protokoll wird folgendes mitgeteilt:

Eine Rücksprache mit der von Frau Silberbauer benannten Firma hat stattgefunden. Das benannte Unternehmen hat sich auf die Verpflegung von Kindern spezialisiert und ist nach der EG Bioverordnung zertifiziert. Farb-, Zusatz- und Konservierungsstoffe werden bei der Zubereitung der Mahlzeiten nicht verwendet.

Das Unternehmen wäre an einer entsprechenden Auftragserteilung für die Belieferung der Schule Am Beckersberg sowie der drei gemeindlichen Kinderhorte erst ab einer garantierten Abnahmemenge von insgesamt 100 Essen täglich (auch freitags!) interessiert. Die Lieferung einer geringeren Menge sei für den Betrieb nicht rentabel.

Zur Zeit werden in jedem Hort 10 – 15 Essen und in der Offenen Ganztagschule 22 Essen täglich (Durchschnitt seit Beginn des laufenden Schuljahres) ausgegeben.



Damit beträgt die Gesamtabnahme für alle betroffenen Einrichtungen nach derzeitigem Stand ca. 67 Essen (3 x 15 Essen f. Horte + 22 Essen f. GTS). Ob die im Verpflegungskonzept berücksichtigte Abnahmemenge von 60 Essen in der Offenen Ganztagschule in absehbarer Zeit erreicht wird, bleibt abzuwarten.

Zusätzlich ergibt sich die Problematik, dass in den Schulferien und an den Freitagen die Belieferung der Schule entfällt und damit an diesen Tagen nach derzeitiger Prognose nur insgesamt 45 Mahlzeiten (an die drei Horte) auszuliefern wären.

Die von der Firma genannte Mindestabnahmemenge könnte auch bei einer rapiden Steigerung der Abnahmemenge in der Offenen Ganztagschule freitags und in den Schulferien nicht erreicht werden.

Eine Kostenermittlung und Speisenprobe bei dieser Firma erübrigt sich daher – zumindest vorerst -.

Herr Bruhn bittet die Verwaltung für die ausstehende Entscheidung um Darstellung der jährlichen Gesamtsubventionierung aller im Konzept gegenübergestellten Verpflegungsformen. Auch soll die aktuelle Subventionierung der Hort- und Ganztagschulessen dargestellt werden. Herr Dornquast sagt dies zu.

Herr Wengler erfragt tendenziell ein Meinungsbild zur generellen Bereitschaft, das Essen über das jetzige Maß hinaus zu subventionieren. Hiergegen sprechen sich die CDU- und SPD-Fraktion aus, die WHU-Fraktion und Herr Hoffmann enthalten sich.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: **„Unterrichtungen/Anfragen“**

Herr Dornquast unterrichtet den Ausschuss über die Herausgabe des Herbstferienpasses und erläutert die Veranstaltungen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Frau Dostahl äußert ihr Entsetzen darüber, dass das Hortessen zukünftig von einer Fremdfirma geliefert werden soll. Diese Verpflegungsform sollte ihrer Ansicht nach gar nicht in Betracht kommen. Der Preis für ein Hortessen sei allerdings zu hoch.

Frau Marquis regt an, bezüglich der Akzeptanz und der Essensgeldhöhe ein Meinungsbild im gemeinsamen Beirat der Kindertagesstätten zu erfragen.

Frau Horn weist darauf hin, dass die Bereitschaft der Eltern zur Zahlung eines bestimmten Essenspreises nicht nur von der Qualität des Essens abhängt, sondern auch vom Einkommen.

Herr Dornquast erwähnt die generelle Möglichkeit, auch beim Essensgeld für die Hortkinder die Sozialstaffel anzuwenden.

Herr Lübker hält 4 Aspekte bei der Auswahl des Essens für wichtig: Preis, Qualität, Flexibilität und die soziale Frage. Er regt an, die Thematik im Kindergartenelternbeirat zu besprechen; er kann sich die Bildung eines Arbeitskreises vorstellen.



Frau Dostahl fragt, ob die Kindertageseinrichtungensatzung ohne die Stellungnahme des gemeinsamen Beirats der Kindertagesstätten beschlossen wurde.

Herr Dornquast teilt mit, dass der Beschluss noch von der Gemeindevertretung gefasst werden muss; der Ausschuss empfiehlt die Beschlussfassung lediglich.

Herr Lübker fragt, warum das Englischangebot für die Grundschüler kostenfrei ist und für die Angebote im Kindergarten ein Kostenanteil von den Eltern erhoben wird.

Herr Wengler weist auf die Haushaltssituation der Gemeinde hin. Es könne aufgrund dessen nicht von den Eltern erwartet werden, dass alle gemeindlichen Angebote subventioniert werden.

gez. Wilfried Wengler
(Ausschussvorsitzender)

gez. Anja Riemer
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

Grundschule Ulzburg-Süd

Komplex Grundschule - Hort - Sporthalle

- moderner zukunftsorientierter Bau
- gute Architektur zum Wohlfühlen
- sparsamer Energieverbrauch durch Erreichen eines Passivhausstandards
- optimale Raumnutzung entsprechend den Anforderungen der Nutzer

Umfangreiche Nutzerwünsche

- Sonnenkollektoren
- Photovoltaik
- MZR und Sporthalle mit Trennwand als Veranstaltungsraum
- Bühne
- Separate Zugänge
- Regenwassernutzung
- Restwärme über alternative Heizsysteme
Holzpellets, Geothermie, Gas

Umfangreiche Nutzerwünsche

- Gebäudeleittechnik
- Parkplätze, Fahrradabstellplätze
- Barrierefreier Zugang, Aufzug
- gute Akustik, Schalldämmung optimiert
- getrennte Heizsysteme der Bereiche, da unterschiedliche Nutzungszeiten
- Lichtbänder, Bewegungsmelder, Energiesparlampen mit hoher Lebensdauer (außenlichtabhängig)
- thermische Desinfektion der Duscharmaturen

Kosten/BGF	Mittlerer BKI-Wert €/m ² BGF abgemindert (P+B)	GS Ulzburg-Süd BGF m ²	Gesamt	Planen und Bauen aus einer Hand - pauschalierte BNK
Schule (1.220 € gemäß BKI)	1.100,00 €	2.026,10	2.228.710 €	
Hort (1.220 € gemäß BKI)	1.100,00 €	280,20	308.220 €	
Schule/Hort gesamt (KG 300/400)			2.536.930 €	
Sporthalle (1.450 € gemäß BKI)	1.300,00 €	1.029,80	1.338.740 €	
Gesamtkosten Bau KG 300/400)		3.336,10	3.875.670 €	
zuzüglich Passivhausstandard		+ 10 %	387.567 €	
Baukosten gesamt Passivhausstandard			4.263.237 €	4.263.237 €
Außenanlagen	38,00 €	16.180,10	614.844 €	614.844 €
Baunebenkosten	240,00 €	3.336,10	800.664 €	450.000 €
Herrichten/Erschliessen für ca. 3.500 m ²	18,00 €	3.500,00	63.000 €	63.000 €
GESAMTKOSTEN BAUVORHABEN			5.741.745 €	5.391.081 €

Erkennbare Kostenveränderungen

1.	Kostenschätzung vom 18.08.06:	5.219.009 €	(Sporthallengesamtfläche 909 m ² BGF)
2.	Kostenschätzung vom 18.09.06:	5.459.964 €	(Sporthallengesamtfläche 1.077 m ² BGF)
3.	Kostenschätzung vom 27.09.06	5.391.081 €	(Sporthallengesamtfläche 1.030 m ² BGF)

Mehrleistung	Begründung	Kosten
Flächenmehrung *	909 m ² => 1.030 m ² => 121 m ² x 1.300 € x 1,1 =	173.030 €
Sonderkonstruktion *	Trennung MZR Sporthalle	150.000 €
Preissteigerung **	~ 3 % bez. auf KG 300 + 400	127.897 €
Budget lose Ausstattung ***	Sporthalle, Mobiliar, Pflegemaschinen	270.000 €
Gesamt		720.927 €

* Mehrkosten bereits berücksichtigt unter 3.

** Mehrkosten aufgrund derzeitiger Preiserhöhungen auf dem Materialpreissektor

*** noch zu berücksichtigen für Ausstattung, nicht Teil der bisherigen Ausschreibung

Terminplan (Eckwerte)

Ausschreibung/Vergabevorbereitung		
Fertigstellung Funktionalausschreibung bis	Mo.	16.10.06
Veröffentlichung der Vergabebekanntmachung	Fr.	20.10.06
Abgabe der Bewerbungen (37 Kalendertage später)	Mo.	27.11.06
Auswertung der Bewerbungen bis	Mo.	11.12.06
Prüfen der Bieteranschläge durch die Gemeinde bis	Do.	21.12.06
Beginn Angebotserstellung der Bieter	Do.	04.01.07
Abgabe der Angebote / Submission (40 Kalendertage später)	Mo.	12.02.07
Prüfen Kommunalaufsicht bis	Di.	10.04.07
Präsentation der Bieterangebote im VA + SA bis	Mi.	18.04.07

Terminplan (Forts.)

Vergabe		
Entscheidung für Bieter, schriftliche Mitteilung	Fr.	20.04.07
Schriftliche Beauftragung (15 Tage später)	Fr.	04.05.07
Ende Baugenehmigungsplanung	Mo.	04.06.07
Baugenehmigung bis	Di.	17.07.07

Bauphase		
Baubeginn	Di.	17.07.07
Bauende	Di.	29.07.08